

Mehr Pluralismus! Mehr Streit! Mehr Freiheit!

– Plädoyer für eine neue politische Partizipations- und Repräsentationskultur –

Friederike Linke, M.A.¹

Am 10. Januar 2017 verabschiedete sich der scheidende US-Präsident Barack Obama mit einer emotionalen Rede. Im Mittelpunkt standen nicht etwa die Erfolge seiner Präsidentschaft oder die Appelle an seinen Amtsnachfolger. Hauptthema seiner Rede war die Verantwortung jedes Einzelnen für die Demokratie. Die Frage nach der Zukunftsfähigkeit moderner Demokratien ist so aktuell wie nie zuvor.

Gerade in den zurückliegenden Jahren erlebte der Krisendiskurs um den Zustand moderner Demokratien einen neuen Höhepunkt. Insbesondere die u.a. vom britischen Sozialwissenschaftler Colin Crouch bewusst düster gezeichnete These des zunehmenden Abgleitens westlicher Demokratien in einen postdemokratischen Zustand², in der „reale Politik hinter geschlossenen Türen gemacht“ wird und „die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe [...] zu einem reinen Spektakel verkommt“³ fand vielfach Wiederhall in der wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte.

Auch wenn die bisweilen schreckensgespeiste Diskussion inzwischen wieder mehr Differenzierung erfährt⁴, zeigen nach wie vor aktuelle Studien aus der Wahl- und Parlamentarismusforschung auch für die deutsche Demokratie eine zunehmende Verschlechterung der Beziehung zwischen Bürgern⁵ und politischen Repräsentanten und geben damit begründet Anlass zur Sorge.⁶

Beachtlich ist jedoch zugleich, dass sich in Erhebungen der zurückliegenden Jahre wiederholt eine breite Mehrheit der Befragten für die Demokratie als beste Staatsform ausgesprochen hat. Selbst eine Umfrage⁷ unter Anhängern der Pegida-Bewegung 2015 zeigt

eine deutliche Zustimmung für die Idee der Demokratie (90,4 % sind sehr oder ziemlich dafür). Das liegt nur leicht unter der Zustimmung von 91,3 % der Gesamtbevölkerung.⁸

Kann überhaupt von einer generellen Krise oder gar einem postdemokratischen Zeitalter gesprochen werden, wenn sich nach wie vor eine solch überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dem Prinzip der Demokratie und ihren normativen Grundlagen verpflichtet fühlt? Zumindest untermauern diese Zahlen die Krisenthese nicht.

Deutlich zu sehen ist indessen, dass sich die kommunikative Beziehung zwischen Regierenden und Regierten in den letzten Jahren zunehmend verschlechtert hat. Besonders deutlich stellt das eine vielbeachtete Studie der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2014 mit dem Titel „Sichtbare Demokratie. Debatten und Fragestunden im Deutschen Bundestag“ heraus.⁹ Die Forscher kamen zu dem Ergebnis, dass der Bundestag mit einem zunehmenden Wahrnehmungsdefizit seiner Debatten zu kämpfen hat. So konnten sich 75 % der Befragten nicht erinnern, in den letzten Monaten eine Parlamentsdebatte gehört oder gar verfolgt zu haben.¹⁰ Dies ist – wie die Studie dank eines Zeitvergleichs über dreieinhalb Jahrzehnte zeigen kann – eine relativ junge Entwicklung. Bejahten 1978 noch 53 % und 1984 sogar 63 % der Befragten die Frage „Haben Sie in den letzten Monaten mal eine Bundestagsdebatte im Radio oder Fernsehen gesehen?“, waren es 2014 gerade noch 28 % bzw. in Ostdeutschland 24 %.¹¹

Die aufgezeigte Problematik wird noch deutlicher durch die Feststellung der Studie, dass die Präsenz von Bundestagsdebatten in den Medien ebenfalls deutlich abgenommen hat. So erschienen im ersten Untersuchungszeitraum (September 2005 bis August 2006) in deutschen Leitmedien 468 Artikel über Debatten im Deutschen Bundestag. Im identischen Zeitraum waren es acht Jahre später (September 2013 bis August 2014) gerade einmal noch 275 Artikel.¹² Die Studie bilanziert daher treffend, dass „die häufig ge-

¹ Die Verfasserin ist Büroleiterin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Berliner Büro der Bundestagsabgeordneten Petra Rode-Bosse.

² Vgl. Colin Crouch: Postdemokratie, Frankfurt am Main, 2008.

³ Ebenda, Seite 10.

⁴ Vgl. Aus Politik und Zeitgeschichte: Repräsentation in der Krise?, 66. Jahrgang, 2016.

⁵ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwende ich nicht durchgehend die weibliche und männliche Form. Selbstverständlich sind stets beide Geschlechter gemeint.

⁶ Vgl. u.a. Dominik Hierlemann, Ulrich Sieberer: Sichtbare Demokratie. Debatten und Fragestunden im Deutschen Bundestag (Bertelsmann Stiftung), 2014.

⁷ Prof. Dr. Dieter Rucht (Koordinator) u.a.: Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida, Berlin, 2015, Seite 23.

⁸ Siehe Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler: Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014, Leipzig, 2014, Seite 52.

⁹ Dominik Hierlemann, Ulrich Sieberer: Sichtbare Demokratie. Debatten und Fragestunden im Deutschen Bundestag (Bertelsmann Stiftung), 2014.

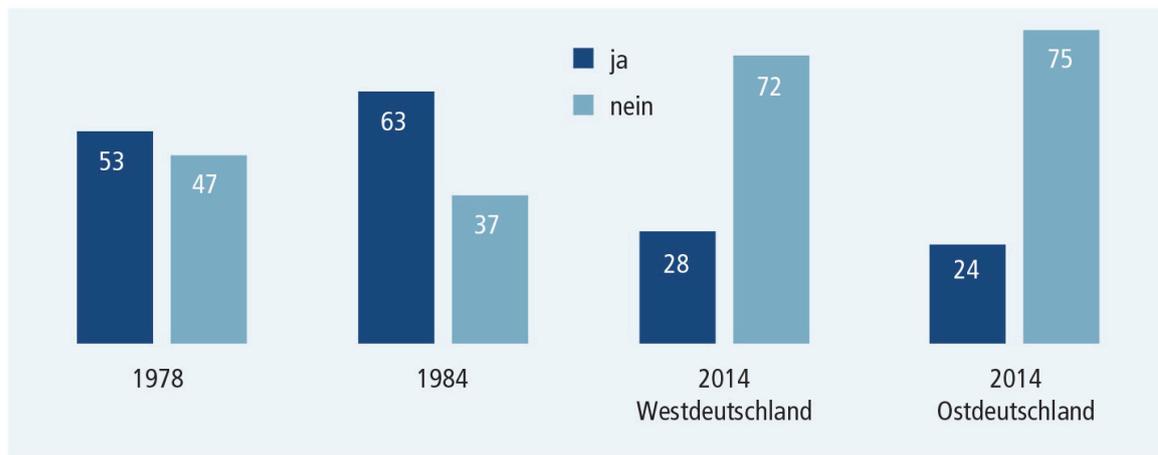
¹⁰ Ebenda, Seite 25.

¹¹ Ebenda, Seite 26.

¹² Ebenda, Seite 40.

Abbildung 1: Bundestagsdebatten finden heute weniger Aufmerksamkeit

Angaben in Prozent

Frage: Haben Sie in den letzten Monaten mal einer Bundestagsdebatte im Radio oder Fernsehen zugehört?

Basis: Westdeutschland, Bürger ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 3056, 4051 und 11029.

| BertelsmannStiftung

(Aus Dominik Hierlemann, Ulrich Sieberer: Sichtbare Demokratie. Debatten und Fragestunden im Deutschen Bundestag (Bertelsmann Stiftung), 2014, Seite 26)

ringe und weiter abnehmende Wahrnehmung politischer Auseinandersetzungen im Bundestag und seine zentrale Rolle im politischen System unserer repräsentativen Demokratie zunehmend auseinander [klaffen].¹³

Nun stellt sich die Frage, auf welche Ursachen sich das deutlich zurückgegangene Interesse der Deutschen an den Debatten des Bundestages zurückführen lässt oder anders formuliert: Aus welchen Gründen ist das deutsche Parlament zu einer „Arena ohne Publikum“¹⁴ geworden?

Eine nachvollziehbare, jedoch sicher nicht hinlängliche, Antwort gibt die Studie in der vielfach bemängelten Vorhersehbarkeit der Debatteninhalte. Darüber hinaus gibt es einige weitere Problembereiche, die sich auf der Grundlage von Erhebungen sowie der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte benennen lassen, die für das schwindende Interesse ursächlich sein können. Diese sollen im Weiteren, auf Grund des beschränkten Umfangs, nur in Kürze angerissen werden.

¹³ Ebenda, Seite 6.¹⁴ Roßmann, Robert: Arena ohne Publikum, Süddeutsche Zeitung, 8. Dezember 2014.

Vorhersehbarkeit der Inhalte

Die Befragten der Studie „Sichtbare Demokratie“ zeigen sich von den Inhalten der Debatten enttäuscht, da in ihnen zumeist nur vorhersehbare Positionen vorgetragen werden. So sprechen sich nur 26 % der Befragten dafür aus, dass Bundestagsdebatten als Schaukämpfe dienen sollen, die dem Publikum die Argumente der einzelnen Parteien näherbringen. Hingegen wünscht sich über die Hälfte der Befragten, dass in den Bundestagsdebatten auf die Argumente der politischen Gegner eingegangen wird.¹⁵

Der Resonanzverlust der Politik

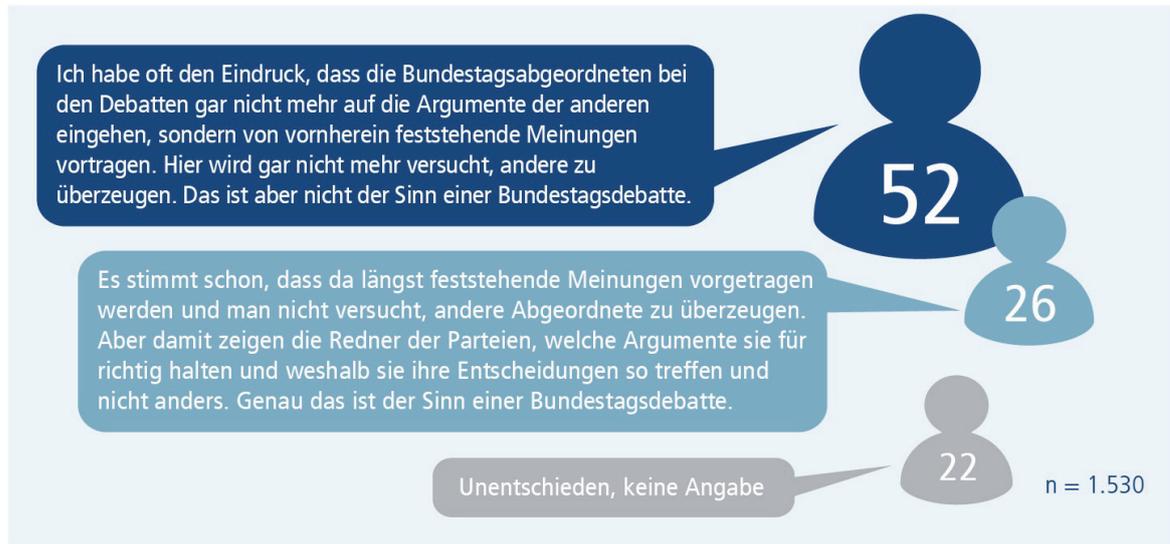
Das Problem des Fehlens erfolgreicher Kommunikation durch die abnehmende Wahrnehmung der Debatten des Deutschen Bundestages wird verschärft durch die zugleich von vielen Menschen empfundene Unsichtbarkeit der eigenen Interessen. Zum großen Problem für die Demokratie wird es, wenn viele Menschen das Gefühl haben, ihr Input wird in der Demokratie nicht mehr ausreichend in politisches Handeln umgesetzt, ihre Belange finden kein

¹⁵ Dominik Hierlemann, Ulrich Sieberer: Sichtbare Demokratie. Debatten und Fragestunden im Deutschen Bundestag (Bertelsmann Stiftung), 2014, Seite 32.

Abbildung 2: Verdruss über vorhersehbare, statische Bundestagsdebatten

Angaben in Prozent

Frage: Hier unterhalten sich zwei Personen über die Bundestagsdebatten im Plenarsaal, wie sie auch im Fernsehen übertragen werden. Wem von beiden stimmen Sie eher zu? Bildblattvorlage



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bürger ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11029 (September 2014).

| BertelsmannStiftung

(Aus Dominik Hierlemann, Ulrich Sieberer: Sichtbare Demokratie. Debatten und Fragestunden im Deutschen Bundestag (Bertelsmann Stiftung), 2014, Seite 32)

Gehör. Dass sich zunehmend mehr Menschen von den etablierten Parteien nicht mehr ausreichend vertreten fühlen, wird u.a. an der zunehmenden Anzahl von Wechsel- und Nichtwählern deutlich. Darüber hinaus wird immer wieder die Annäherung der großen Parteien in ihren politischen Profilen beklagt. Der Soziologe und Politikwissenschaftler Hartmut Rosa spricht in diesem Zusammenhang passend vom Resonanzverlust der Politik und konstatiert eine fundamentale Entfremdung der Bürger von der Politik.¹⁶ Diese wird auch deutlich in den Zahlen einer repräsentativen Forsa-Umfrage aus dem Jahr 2004, in der nur 18 % der Befragten angaben, der Regierung zu vertrauen und gerade einmal 12 % den politischen Parteien.¹⁷ Letzteres hat eine besonders drastische Bedeutung, da die Parteien in unserem Ordnungsmo- dell rechtlich wie faktisch eine zentrale Stellung einnehmen.

¹⁶ Vgl. Hartmut Rosa: Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung, Suhrkamp, Berlin 2016, Seiten 326 ff.

¹⁷ Siehe veröffentlichte Forsa-Umfrage im "Stern" (29.01.2004).

Globalisierung, zunehmende Ungleichheit und Sachzwang

In einer Studie der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2016 zeigen sich nach wie vor weit verbreitet Ängste vor der Sogwirkung der Globalisierung. 45 Prozent der Deutschen empfinden die Globalisierung demnach als Bedrohung.¹⁸ Für die Überlegungen in Bezug auf eine Krise der kommunikativen Beziehungen in der Demokratie ist vor allen Dingen die folgende Erhebung von Bedeutung. Demnach beurteilen Menschen, die die Globalisierung als Bedrohung empfinden, die Demokratie signifikant schlechter als Menschen, die die Globalisierung als Chance betrachten. Lediglich 38 % der Globalisierungskritiker sind mit der Demokratie im eigenen Land zufrieden, nur 9 % von ihnen vertrauen Politikern. Bei den Globalisierungsbefürwortern sind es immerhin 53 % bzw. 20 % (vgl. Tabelle 3).

¹⁸ Catherine de Vries, Isabell Hoffmann: Globalisierungsangst oder Wertekonflikt? Wer in Europa populistische Parteien wählt und warum. (Bertelsmann-Stiftung), 2016, Seite 15.

Tabelle 3: Politische Einstellungen nach Haltung zur Globalisierung im Vergleich

Globalisierung als Bedrohung			Globalisierung als Chance	
Für einen Austritt aus der EU	47%	ÜBER DIE EU	83%	Für einen Verbleib in der EU
Für mehr Integration	40%		60%	Für mehr Integration
Vertrauen in Politiker	9%	ÜBER DAS EIGENE LAND	20%	Vertrauen in Politiker
Zufrieden mit Demokratie	38%		53%	Zufrieden mit Demokratie
Zu viele Ausländer im Land	57%	ÜBER POLITISCHE POSITIONEN	40%	Zu viele Ausländer im Land
Gegen Ehe für alle	29%		19%	Gegen Ehe für alle
Klimawandel erfunden	34%		28%	Klimawandel erfunden

BertelsmannStiftung

(Aus Catherine de Vries, Isabell Hoffmann: Globalisierungsangst oder Wertekonflikt? Wer in Europa populistische Parteien wählt und warum. (Bertelsmann-Stiftung), 2016, Seite 18)

Erhebungen wie die Studie der Bertelsmann-Stiftung weisen darauf hin, dass die soziale Orientierungsunsicherheit in unserer Gesellschaft in den vergangenen Jahren gewachsen ist, was durch die zunehmende gesellschaftliche Ungleichheit weiter verschärft wird. Viele Menschen haben Angst um die Zukunft, nicht nur um die eigene. Diesem Bedürfnis nach Orientierung und Sicherheit steht offenbar kein äquivalentes politisches Angebot gegenüber. So kann eine oftmals erlebte „politisch normativ entkernte, durch sogenannte Sachzwänge bestimmte und/oder im Krisenmanagement aufgehende Politik kaum Zuversicht in ihre Gestaltungsmöglichkeiten wecken.“¹⁹

Die neue politische Korrektheit

Anfang 2015 beschrieb der Journalist Jonathan Chait erstmals im New York Magazin das Phänomen der neuen politischen Korrektheit.²⁰ Seitdem gilt sie in der öffentlichen Debatte vielen als grundlegendes Übel. Der Philosoph Alexander Grau beschreibt sie als eine zunehmende „Fixierung auf Mikroaggressionen, die viele Diskussionen unmöglich mach[t]“ und befürchtet „einen Angriff auf die Freiheit.“²¹ Das alternativenlose politische Klima behindert zunehmend

die Suche nach Lösungen für immer komplexer werdende Probleme, denen mit einfachen Wahrheiten nicht mehr beizukommen ist. Das Gefühl eines übermächtigen Konsenterrors macht sich zunehmend breit. Diese Entwicklung leistet wiederum populistischen Parteien Vorschub, die bewusst gegen die Sprache des Establishments argumentieren. Das Gefühl, Politik würde nur noch in festgelegten Schablonen agieren und argumentieren, wird auch durch den im Bundestag üblichen Fraktionszwang verstärkt, den es laut Grundgesetz ja eigentlich gar nicht geben dürfte. Im Koalitionsvertrag der Großen Koalition findet sich dazu der folgende Passus: „Im Bundestag und in allen von ihm beschickten Gremien stimmen die Koalitionsfraktionen einheitlich ab. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der vereinbarten Politik sind. Wechselnde Mehrheiten sind ausgeschlossen.“²²

Die hier benannten Phänomene bedingen und verstärken sich teils wechselseitig, sie sind zugleich Auslöser für und Ergebnis von wachsender Unzufriedenheit mit und schwindendem Interesse an unserer Demokratie. Jede der vier genannten Gründe stellt eine spezifische Herausforderung in Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie dar

¹⁹ Klaus Christoph, Politikverdrossenheit, 2012, <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/61504/politikverdrossenheit>.

²⁰ <http://nymag.com/daily/intelligencer/2015/01/not-a-very-pc-thing-to-say.html>.

²¹ Alexander Grau: Es kommt eine neue politische Korrektheit auf uns zu, Cicero, 30.01.2016.

²² Deutschlands Zukunft gestalten, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode, Seite 128.

und verlangt eigene Antworten. Eine negative Begleiterscheinung ist jedoch allen immanent: Sie erschweren einen gelebten Pluralismus in unserer Gesellschaft und greifen damit ein Grundprinzip demokratischer Ordnung an.

Eine Versammlung von Volksvertretern, die in den Augen der Bürger vorgefertigte Meinungen in kaum beachteten Debatten vorträgt, wird dem Anspruch einer lebendigen demokratischen Streitkultur nicht gerecht. In einer Gesellschaft, in der sich Menschen in ihren unterschiedlichen Meinungen und Bedürfnissen nicht mehr wahrgenommen fühlen, stirbt die lebendige Debatte um die Suche nach den besten Lösungen für alle. Eine Politik, die immer häufiger auf die Zwänge von außen verweist und die Menschen, mit ihren Ängsten vor einer gefühlt komplexer und bedrohlicher werdenden Welt alleine lässt, nimmt sich selbst und ihren Bürgern die Vorstellung von Wahl- und Gestaltungsfreiheit. Eine politische Kultur, in der nicht gesagt werden kann, was nicht gedacht werden soll, schafft ein Klima der geistigen Verkümmern und leistet Phänomenen wie dem Erfolg der Brexit-Kampagne in Großbritannien und dem Wahlerfolg von Donald Trump in den USA massiven Vorschub.

Die häufig wiederholte Medienschelte²³ und der Ruf nach immer neuen Reformen der Debattenformen des Deutschen Bundestages scheinen alleine keine Antworten mehr geben zu können. Notwendig ist vielmehr ein grundsätzlicher Wandel in der Partizipations- und Repräsentationskultur unserer Demokratie. Hilfreiche gedankliche Ansätze bieten hier deliberative Demokratiemodelle, die die Vorstellung einer höheren Legitimität und Qualität politischer Entscheidungen durch eine stärkere Mitwirkung der Bürger zeichnen. Die etablierte Politik und hier insbesondere die Parteien sind dazu aufgefordert, durch mehr *direkte Demokratie im Kleinen* diese Mitwirkung möglich zu machen. Bürgersprechstunden, Bürgerdialoge, Präsenz in den Wahlkreisen und der Dialog mit wichtigen zivilgesellschaftlichen Akteuren, Nutzung der neuen Medien für die gezielte Kontaktaufnahme und Abfrage von Bedürfnissen und Wünschen – all das kann dazu beitragen, die kommunikative Beziehung zu stärken. Darüber hinaus wird es von Nöten sein, in den kommenden Jahren auch im Bund die Einführung direktdemokratischer Elemente wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Auch auf der Seite einer gebotenen Transformation der Repräsentationskultur sind insbesondere die Parteien und ihre in den Bundestag gewählten Vertreter gefordert, der politischen Debatte im hohen Haus wieder mehr Beachtung und positive Bedeutung zukommen zu lassen. Debattenformate zu verändern wird nur dann etwas bewirken, wenn sich zugleich Inhalt und Stil der politischen Auseinandersetzung ändern. Hier ist es geboten, empirischen Daten Beachtung zu schenken, die Hinweise darauf geben, wie wieder mehr Interesse an politischen Debatten geweckt werden kann. Der Bundestag als Arbeits- und Ausschussparlament muss sich bemühen, mehr Transparenz in der Entwicklung von politischen Initiativen herzustellen. Die Bürger wollen laut den Ergebnissen der Studie „Direkte Demokratie“ im Sinne von Wolfgang Zeh nicht nur Gründe für die Legitimität eines bestimmten politischen Vorgangs im Nachhinein genannt bekommen, sondern einen im Sinne der Kreationstheorie eingebundenen Bezug in diesen von Anfang an.²⁴ Auch über unbeliebte Themen wollen die Bürgerinnen und Bürger informiert werden. So stimmen 64 Prozent der Befragten der Aussage zu, Aufgabe eines Bundestagsabgeordneten sei es: „Die Bürger von Entscheidungen und Positionen der Politik [zu] überzeugen, auch wenn die Positionen nicht auf Antrieb von den Bürgern geteilt werden.“²⁵ In dieser Einstellung steckt ein großes Potenzial, Menschen durch eine veränderte Repräsentationskultur wieder für Politik zu interessieren.

Auch wenn – wie vielerorts wiederholt – das Klagen über den Rückgang der „Sternstunden des Parlaments“ fast so alt ist wie der Bundestag selbst, muss den kommunikativen Fehlentwicklungen zwischen Regierten und Regierenden ausreichend Beachtung geschenkt werden, da sie unbeachtet und unkorrigiert langfristig den normativen Wert unserer Demokratie untergraben und somit zu einer Krise der Demokratie werden können. Eine lebendigere, wahrhaftigere Debattenkultur, in der unterschiedliche Argumente gehört werden und Beachtung finden, kann dazu beitragen, langfristig das Interesse an und das Vertrauen in die Demokratie und die politischen Parteien zu stärken. Eine offene, pluralistische Debatte im Bundestagswahljahr 2017 könnte hierfür ein guter Anfang sein.

²³ Norbert Lammert, Eröffnungsrede zur konstituierenden Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 22. Oktober 2013, Plenarprotokolle des Deutschen Bundestages, Seite 9.

²⁴ Vgl. Hans-Peter Schneider, Wolfgang Zeh: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin und New York 1989, Seite 923.

²⁵ Dominik Hierlemann, Ulrich Sieberer: Sichtbare Demokratie. Debatten und Fragestunden im Deutschen Bundestag (Bertelsmann Stiftung), 2014, Seite 35.